

## PROTOKOLL



Zu der auf **Freitag**, den **17.02.2017**, um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** waren erschienen:

### **VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:**

#### **CDU-Fraktion**

Büchler, Ruth  
Ergler, Volker  
Frank, Elvira  
Gutperle, Jürgen  
Haas, Sigrid  
Kempf, Bastian  
Kruhmann, Torben  
Renner, Engelbert  
Ringhof, Martin  
Scheidel, Jörg  
Schübeler, Norbert  
Weiße, Tobias  
Werle, Richard  
Winkler, Christoph

**Stv.-Vorsteher**

#### **SPD-Fraktion**

Atris, Hussein  
Brauner, Silke  
Forg, Klaudia  
Hofmann, Klaus  
Neuß, Peter  
Rihm, Dieter  
Dr. Ritterbusch, Jörn  
Schäfer, Daniel  
Wohlfart, Maximilian

#### **UBV-Fraktion**

Benz, Walter  
Bleiholder, Rolf  
Bleiholder, Urte  
Migenda-Wunderle, Rosemarie  
Nordmann, Rolf  
Dr. Stülpner, Henrik  
Toth, Anton  
Wunderle, Bernhard

#### **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Helbig, Marcella  
Klee, Wolfgang  
Winkenbach, Manfred  
Zöller-Helbig, Helga

#### **Fraktion Die Linke.**

Altinalan, Tugce Sebnem  
Weißberger, Albert

#### **FDP-Fraktion**

Kammer, Bernhard  
Jünemann, Ralf

#### **WGV-Fraktion**

Kempf, Beate  
Kempf, Ralf

Entschuldigt fehlten Hannah Käser, Michael Baus, Andreas Häfele und Alicia Hanf.

### **VOM MAGISTRAT:**

Bürgermeister Matthias Baaß  
Erster Stadtrat Jens Bolze  
Stadtrat Gerd Brinkmann  
Stadträtin Hedwig Fraas  
Stadtrat Dieter Gross  
Stadtrat Randoald Reinhardt  
Ehrenstadtrat Heinz Rohrbacher  
Stadtrat Hayrettin Vanli  
Stadtrat Günter Wolk  
Stadtrat Klaus Ziegler

Entschuldigt fehlten Stadträtin Jenny Dieter, Stadtrat Thomas Klauder und Stadtrat Helmut Kirchner.

### **ALS SCHRIFTFÜHRUNG:**

Haas, Philipp            Hauptamt - **Protokoll** -

### **VON DER VERWALTUNG:**

Klein, Volker                    Hauptamt, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung  
Wunderle, Hermann            PISTE

### **VOM AUSLÄNDERBEIRAT:**

Erdogan, Nurcan    Vertreterin des Ausländerbeirats

### **VON DER PRESSE:**

Südhessen-Morgen  
Viernheimer Tageblatt

### **ZUHÖRER:**

1

Φ Φ Φ Φ

Stv.-Vorsteher Norbert Schübeler eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 08.12.2016 (7/2016) gab es keine Einwände.

Stv.-Vorsteher Schübeler wies darauf hin, dass Frau Fernanda da Silva Augel ihr Mandat niedergelegt habe. Nachrücker sei Herr Peter Neuß, der bereits an der heutigen Sitzung teilnehmen werde. Herr Neuß werde auch den Sitz von Frau da Silva Augel im Sozial- und Kulturausschuss übernehmen.

- - -

### **TAGESORDNUNG:**

1. Schiedsamt der Stadt Viernheim;  
hier: Wahl der stellvertretenden Schiedsperson
2. Bebauungsplan Nr. 282-1 „Kindertagesstätte Walter-Gropius-Allee“/ 23. Änderung FNP (Parallelverfahren)
  1. Abwägungsbeschluss
  2. Feststellungsbeschluss
  3. Satzungsbeschluss

3. Abschluss Forward-Darlehen aufgrund Auslauf Zinsfestschreibung
4. Antrag der SPD-Fraktion:  
Bienensterben
5. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP:  
Oberflächenversickerung von Regenwasser
6. Antrag der CDU-Fraktion:  
Anerkennung für Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr
7. Antrag der CDU-Fraktion:  
Baulandentwicklung Nordwest II

## 1. Schiedsamt der Stadt Viernheim; hier: Wahl der stellvertretenden Schiedsperson

**Bezug:** Vorlage des Hauptamtes vom 02.12.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch** berichtete, dass der Ausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt habe.

### **Beschluss:**

Der Stadtverordnetenversammlung wählt für weitere fünf Jahre Herrn Josef Benz zur stellvertretenden Schiedsperson.

**Abstimmung:** Einstimmig, 0 Enthaltung(en)  
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

**Auszug:** Haupt- und Rechtsamt

## 2. Bebauungsplan Nr. 282-1 „Kindertagesstätte Walter-Gropius-Allee“/ 23. Änderung FNP (Parallelverfahren)

### 1. Abwägungsbeschluss

### 2. Feststellungsbeschluss

### 3. Satzungsbeschluss

**Bezug:** Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 25.01.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf** berichtete, dass es eine Rückfrage zur Wirksamkeit der nur 2 Meter hohen Schallschutzwand gegeben habe. Laut Gutachten reiche diese aber aus. Für die CDU-Fraktion sagte er, dass zusätzliche Plätze in Kindertagesstätten in Viernheim erforderlich seien. Für die Investition erhalte man einen Zuschuss. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

### **Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Abwägungsvorschlägen über die eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur 23. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 282-1 „Kindertagesstätte Walter-Gropius-Allee“ (Anlage 1) zuzustimmen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die 23. Änderung des Flächennutzungsplanes entsprechend der beiliegenden Planzeichnung (Anlage 2) festzustellen und den Erläuterungsbericht (Anlage 3) zu billigen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 282-1 „Kindertagesstätte Walter-Gropius-Allee“ in der vorliegenden Form (Anlage 2, 4) als Satzung. Die Begründung (Anlage 3) hierzu wird gebilligt.

Die 23. Änderung des Flächennutzungsplanes ist gem. § 6(1) BauGB dem Regierungspräsidium Darmstadt zur Genehmigung vorzulegen.

**Abstimmung:** Einstimmig, 0 Enthaltung(en)  
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

**Auszug:** Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung, BVLA

### 3. Abschluss Forward-Darlehen aufgrund Auslauf Zinsfestschreibung

**Bezug:** Vorlage des Kämmereiamtes vom 06.12.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Auszug:** Kämmereiamt

### 4. Antrag der SPD-Fraktion: Bienensterben

**Bezug:** Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2017

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

**Stv. Atris** sagte, dass das Bienensterben fatale Folgen habe. Gründe für das Bienensterben seien der Aufbau von Monokulturen, der Abbau landwirtschaftlicher Flächen, Viren und Krankheitserreger sowie der Klimawandel. Um dem entgegen zu wirken, könne man blühende Pflanzen säen oder Bienen selbst halten. Deshalb wolle man das Projekt „Vierenheim summt“ unterstützen und z.B. die Bepflanzung öffentlicher Grünflächen prüfen.

**Stve. Zöller-Helbig** begründete den folgenden Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, diesen Antrag zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss zu verweisen. Im Ausschuss soll dann ein Arbeitskreis gebildet werden, der mit sachkundigen Bürgern (z.B. Imkern der Stadt) die detaillierten Vorgaben für weitere sinnvolle Maßnahmen erarbeitet und wenn möglich auch die Umsetzung begleitet.*

Man sehe diesen Antrag als Weiterführung des Antrages zum Thema Straßenbegleitgrün und man begrüße ihn ausdrücklich. Um einen möglichst großen Nutzen zu erzielen, sollten die Maßnahmen mit sachkundigen Bürgern erarbeitet werden. An erster Stelle sehe man hier die aktiven und ehemaligen Imker. Man hoffe, dass die vorbildliche Arbeitsweise des Stadtbetriebs ohne Einsatz von Pestiziden dazu beitrage, dass alle Bürger sparsamer mit Mitteln zur Schädlingsbekämpfung umgehen oder ganz darauf verzichten.

**Stv. Ringhof** sagte, dass das Straßenbegleitgrün eine ökologische Funktion erfülle. Hier sei bereits vor einiger Zeit ein Konzept mit dem BUND erarbeitet worden. Außerdem stelle die Stadt Imkern bereits Flächen zur Verfügung. Deshalb gebe es hier keinen Dissens. Allerdings sei es fraglich, ob es einen Arbeitskreis brauche. Es reiche seiner Ansicht nach aus, wenn die Verwaltung einen Vorschlag erarbeite, der

dann im Ausschuss beraten werden könne.

Er fragte zudem, wer Träger der Aktion „Viernheim summt“ sei. Laut Flyer sei dies das Brundtlandbüro und der Verein Kompass. Allerdings seien laut Berichterstattung auch die Viernheimer Jusos beteiligt. Es sei politisch ein No-Go, wenn die Stadtverwaltung mit einer politischen Organisation bei einer solchen Aktion zusammenarbeite.

**Stv. Dr. Stülpner** sagte, dass er mit verschiedenen Imkern gesprochen habe. Vom Kreisbauamt hätten Imker in der Wiesenstraße die Auflage bekommen, Zäune und kleine Hütten (in denen sie ihr Material lagern) abzureißen. Außerdem könne es im Stadtgebiet Probleme mit Anwohnern geben. Grundsätzlich unterstütze man das Ansinnen aber, wenn es sinnvoll umgesetzt werde.

**Stv. Atris** erklärte, dass die Jusos gemeinsam mit dem Verein Kompass und dem Brundtlandbüro Initiatoren des Projekts seien.

**Stv. Kruhmann** sagte, dass es überraschend sei, dass die Stadtverwaltung mit einer einzelnen politischen Gruppierung zusammenarbeite. Bei einer Unterschriftenaktion zum Erhalt des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Viernheim sei eine Zusammenarbeit nicht erwünscht gewesen.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, diesen Antrag zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss zu verweisen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Aktivitäten von Verwaltung und Verein Kompass, die auch in Viernheim dem Bienensterben entgegenwirken sollen.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen,

1. ob die Bepflanzungen von öffentlichen Grünflächen verstärkt werden können. Auch weniger stark mit Kohlenstoffdioxid belastete Verkehrsinseln oder Straßentränder könnten miteingeschlossen werden. Diese „Vergrünung“ soll primär durch für Bienen geeignete Pflanzen erfolgen, wie beispielsweise Sonnenkraut.
2. ob es geeignete städtische Grundstücke gibt, die an Imker verpachtet werden können.

Günstige Konditionen können dabei einen Anreiz bieten, auch für vorherige Nicht-Imker, Bienen zu halten.

**Abstimmung:** Einstimmig, 1 Enthaltung(en)

*(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)*

**Auszug:** ASU, Brundtlandbüro

## **5. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP: Oberflächenversickerung von Regenwasser**

**Bezug:** Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP vom 06.02.2017

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

**Stv. Benz** bekräftigte, dass man nicht generell gegen Versickerungsflächen sei. Bei den Mulden lasse aber die handwerkliche Umsetzung zu wünschen übrig. Deshalb sollten solche Maßnahmen zukünftig im Fachausschuss beraten werden.

### **Beschluss:**

Bei Anlage von Mulden zur Oberflächenversickerung von Regenwasser sind diese Maßnahmen vor Ausführung dem zuständigen Fachausschuss zur Beratung und Genehmigung vorzulegen.

**Abstimmung:** Einstimmig, 0 Enthaltung(en)  
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

**Auszug:** ASU

## 6. Antrag der CDU-Fraktion: Anerkennung für Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr

**Bezug:** Antrag der CDU-Fraktion vom 06.02.2017

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

**Stv. Werle** erklärte, dass die CDU-Fraktion die Freiwillige Feuerwehr besucht habe. Aus den Gesprächen habe man mitgenommen, dass die technische Ausstattung und der Fuhrpark sehr gut seien. Hierfür lobte er die Verwaltung. Allerdings sei das Gebäude zu klein (fehlende Umkleidekabinen, fehlende Räumlichkeiten für die Jugendfeuerwehr). Man wolle mit diesem Antrag prüfen lassen, ob man den Einsatzkräften, die bei jedem Alarm ausrücken, Aufwandsentschädigungen zahlen könne.

**1. Stadtrat Bolze** sagte, dass die Einnahmen aus dem Brandsicherheitsdienst der Feuerwehr für betriebsinterne Zwecke übergeben werden. Aufwandsentschädigungen seien per Rechtsverordnung des Innenministeriums vorgesehen für den Stadtbrandinspektor, seinen Stellvertreter sowie einige besondere Funktionsträger. Mitglieder der Feuerwehr erhalten derzeit keine Aufwandsentschädigung, da das Ehrenamt grundsätzlich unentgeltlich sei. Man müsse aber sicher nachsteuern, sagte er mit Verweis auf den Bericht des Stadtbrandinspektors von 2012. Seit ca. einem Jahr gebe es in der Verwaltung Überlegungen. Man prüfe verschiedene Möglichkeiten. Zu vermeiden sei, dass eine solche Anerkennung für die Freiwillige Feuerwehr einen Keil in die bisher sehr gut funktionierende Arbeitsgemeinschaft Viernheimer Hilfsorganisationen (AVH) treibe (Mitglieder: FFW, Johanniter, DLRG usw.).

**Ehrenstv. Winkenbach** erklärte, dass man in der Fraktion diesen Aspekt auch diskutiert habe. Der Antrag sei der Anfang einer Diskussion, bei der man sich eingehend um eine Grenzziehung bemühen müsse. Er stellte folgenden Änderungsantrag:

*Die Verwaltung wird beauftragt, den Gremien Vorlage zur möglichen Einführung einer Aufwandsentschädigung für ~~Einsatzkräfte der Feuerwehr~~ ehrenamtlich Tätige zu machen.*

**Stv. Ergler** erklärte, dass der Brandschutz eine gesetzliche Aufgabe der Kommune sei. Wenn man diesen durch freiwillige Kräfte nicht leisten könne, müsse man ausreichend Hauptamtliche einstellen. Mit Beschluss des Änderungsantrags der Grünen bestehe die Gefahr, dass die Diskussion ausufere.

**Stv. Rihm** erklärte, dass bei den Einsätzen alle Mitglieder der AVH an Einsätzen beteiligt seien. Man müsse sich die grundsätzliche Frage stellen, ob man die Mitglieder der Hilfsorganisationen unterschiedlich behandeln wolle. Aus seiner Sicht tue man bereits viel für die Ehrenamtlichen (z.B. Weiterbildung im Ehrenamt). Außerdem seien strukturelle Rahmenbedingungen wichtig (z.B. Gebäude). Man sollte die Thematik im Ausschuss sensibel beraten.

*Man verständigte sich darauf, die Thematik im zuständigen Fachausschuss zu beraten.*

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, dem zuständigen Ausschuss Vorlage zur möglichen Einführung einer Aufwandsentschädigung für Einsatzkräfte der Feuerwehr zu machen.

**Abstimmung:** Einstimmig, 5 Enthaltung(en)

*(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)*

**Auszug:** 1. Stadtrat, BVLA

## **7. Antrag der CDU-Fraktion:** **Baulandentwicklung Nordwest II**

**Bezug:** Antrag der CDU-Fraktion vom 06.02.2017

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

**Stv. Bastian Kempf** erklärte, dass die Vorgeschichte bekannt sei. Mit diesem Antrag wolle man eine Zeitschiene festlegen.

Nach Rückversicherung bei der antragstellenden Fraktion, dass der Antrag in Bezug auf eine private Erschließungsträgerschaft die Frage nach dem „ob“ geklärt haben möchte, erklärte **1. Stadtrat Bolze**, dass man mit der nun vorliegenden Haushaltsgenehmigung mit der Arbeit beginnen könne. Für beide Baugebiete seien Büros angefragt worden, um die verkehrliche Anbindung und den Lärmschutz zu prüfen. Dies sowie die Erkenntnisse zu Ökologie und Artenschutz sollten bis Mitte des Jahres vorliegen. Danach könne man die Rahmenbedingungen klären, mit den Grundstückseigentümer erste Gespräche führen und dann entscheiden, welches Verfahren (öffentlich-rechtlich oder öffentlich-privat) man anwende.

**Beschluss:**

Zur Durchführung der Baulandentwicklung im Gebiet Nordwest II wird die Verwaltung beauftragt, bis zur Jahresmitte 2017 den städtischen Gremien Vorlage zur

- Übertragung der Erschließungsträgerschaft an geeignete Fachbüros und ggf.
- alternativer Erschließungsmöglichkeiten

zu machen.

**Abstimmung:** 36 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

*(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)*

**Auszug:** ASU, BVLA

**ENDE DER SITZUNG:** 20:10 Uhr

**DER STV.-VORSTEHER:**

gez.: S c h ü b e l e r

**(Norbert Schübeler)**

**DER SCHRIFTFÜHRER:**

gez.: H a a s

**(Philipp Haas)**

**F.d.R.d.A.**

**(Oberinspektor)**

## **INHALTSVERZEICHNIS**

1. Schiedsamt der Stadt Viernheim;  
hier: Wahl der stellvertretenden Schiedsperson
2. Bebauungsplan Nr. 282-1 „Kindertagesstätte Walter-Gropius-Allee“/ 23. Änderung  
FNP (Parallelverfahren)
  1. Abwägungsbeschluss
  2. Feststellungsbeschluss
  3. Satzungsbeschluss
3. Abschluss Forward-Darlehen aufgrund Auslauf Zinsfestschreibung
4. Antrag der SPD-Fraktion:  
Bienensterben
5. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, UBV und FDP:  
Oberflächenversickerung von Regenwasser
6. Antrag der CDU-Fraktion:  
Anerkennung für Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr
7. Antrag der CDU-Fraktion:  
Baulandentwicklung Nordwest II